



Plenarrede von Catherina Pieroth am 6. Oktober 2022: Erste Lesung „Gesetz zum Staatsvertrag Klinisch-epidemiologisches Krebsregister Brandenburg-Berlin“

**** Es gilt das gesprochene Wort ****

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir entwickeln das gemeinsame Krebsregister von Berlin und Brandenburg weiter; schön, dass Sie mir die Gelegenheit geben, darüber zu sprechen.

Daten teilen heißt heilen –, so hat es der Sachverständigenrat in seinem aktuellen Gutachten zur Digitalisierung im Gesundheitswesen umschrieben. Datenregister sind eine großartige Möglichkeit, Informationen über Erkrankungen zusammenzutragen und auszuwerten. Es gilt, Krankheitsprozesse besser zu verstehen und die onkologische Forschung zu stärken. Lassen Sie uns nicht vergessen, es geht hierbei nicht um schnöde Datensammlungen, es geht um uns, um Menschen, die die bestmögliche Versorgung verdienen. Wissenschaftliche Erkenntnisse sind die Grundlage, die dafür notwendig ist, und das in der gesamten Region, denn was in der Charité erforscht wird und im UKB in Marzahn zur Translation wird, gilt natürlich auch im Klinikum Frankfurt (Oder). Dass der Datenschutz der Patientinnen und Patienten Priorität hat, muss ich wohl nicht extra erwähnen.

Nebenbei bemerkt, dank des Berlin-Brandenburger Krebsregisters konnte zum Beispiel zur folgenden Frage eine erste Bilanz gezogen werden: Haben die Maßnahmen zur Pandemiebekämpfung 2020 zu einer verzögerten Operation beim Brustkrebs geführt? – Darauf deuten die vorliegenden Daten nicht hin, auch wenn das nicht das Narrativ einiger Anwesender hier in der rechten Ecke ist.

Doch nun zurück zum Staatsvertrag. Die Zusammenführung des epidemiologischen und klinischen Krebsregisters wurde sinnvollerweise Ende 2021 auf Bundesebene beschlossen. Daher ist es folgerichtig, dass das Krebsregister Brandenburg und Berlin auch die Aufgaben des epidemiologischen Krebsregisters übernimmt. Für uns gilt: Die gewonnenen Daten mit regionalem Bezug ermöglichen evidenzbasierte Entscheidungen. Darüber hinaus lassen sich damit die Auswirkungen von politischem Handeln messen. Das heißt, man kann damit zielgenau und bedarfsgerecht steuern.

Wir in Berlin haben mit der Charité und unserer gesamten Krankenhauslandschaft den Standort, an dem wir Wissenschaft und Versorgung wie nirgendwo sonst zusammengeführt haben. Diese Bemühungen spiegeln sich bekanntlich in der Gesundheitsstadt 2030 wider, die wir jetzt weiter voranbringen werden. Die Gesundheitsstadt in die Region einzubetten, das heißt mit Brandenburg zu verbinden, und dabei die lokalen Bedarfe in den Vordergrund zu stellen, war immer schon unser grünes Anliegen.

Die erfolgreiche Zusammenarbeit von Berlin und Brandenburg erfolgt übrigens auch auf parlamentarischer Ebene. Entsprechend tagt der Gesundheitsausschuss schon in der kommenden Woche ein erstes Mal gemeinsam. Unser aller Ziel sollte immer sein, bestmöglich zum Wohl der Patientinnen und Patienten zusammenzuarbeiten. Das machen wir bereits in den gemeinsamen Gesundheitsclustern, und die Krankenkassen machen dies auch schon lange vor. Mit Ulrike Gote heute in bestmöglicher Vertretung, die von Gesundheit über Pflege, Gleichstellung und Wissenschaft die hierfür wichtigen Ressorts in Berlin verwaltet, und Ursula Nonnemacher mit dem Gesundheitsressort in Brandenburg, dass auch Soziales umfasst, haben wir hier zwei grüne, ich sage mal, Superministerinnen, die mit ihren Kompetenzen nicht nur die Gesundheitsstadt 2030, sondern die gesamte Region gemeinsam voranbringen. – Dankeschön!